

Offenen Region Sumy



Der ausgebrannte Truck am Tag nach dem Beschuss.



Diese Schule im ukrainischen Dorf Junakivka wurde getroffen.



Ukrainische Helfer räumen nach einem russischen Raketenbeschuss in Bilopilja auf.

12 700 Männer
wären davon
betroffen

SVP will wehrpflichtige Ukrainer zurückschicken

Seit über zwei Jahren tobt der russische Angriffskrieg in der Ukraine. Rund 66 000 Ukrainerinnen und Ukrainer geniessen derzeit den Schutzstatus S und sind damit vor einer Rückkehr ins Kriegsland gefeit. Darunter knapp 12 700 Männer im wehrpflichtigen Alter.

Nun fordert der St. Galler SVP-Nationalrat Walter Gartmann (55), dass diese in die Ukraine zurückgeschickt werden. Er findet es falsch, dass der Bundesrat den Schutzstatus S auch für wehrpflichtige Ukrainer verlängert hat. «Durch die Verlängerung schwächt die Schweiz, wenn auch ungewollt, die ukrainische Armee, denn diese hat grosse Schwierigkeiten, genügend Soldaten für die Verteidigung gegen die Angriffe Russlands zu rekrutieren», sagt er zu Blick.

Er verweist dabei auf die Bestrebungen der Ukraine selbst, die Männer zurückzuholen. Diese hat dieses Jahr ein verschärftes Mobilisierungsgesetz verabschiedet, das verlangt, dass sich alle Wehrpflichtigen zwischen 18 und 60 Jahren bei der Armee registrieren lassen – auch jene im Ausland. Wer 25 Jahre alt ist, kann eingezogen werden. Selbst Präsident Wolodimir Selenski (46) forderte die europäischen Länder dazu auf, männliche Flüchtlinge im Rekrutierungsalter zur Rückkehr zu bewegen.

«Es handelt sich um Fahnenflüchtige, die der ukrainischen Armee fehlen», sagt Gartmann. Er wehrt sich gegen den Vorwurf, dass die Schweiz damit Menschen in den sicheren Tod schicken würde. Die ukrainische

Armee benötige nicht nur Soldaten für den Einsatz an der Front, sondern auch viel Personal im Bereich der Sanität, Logistik und Administration.

Beim Bundesrat dürfte der SVP-Mann auf taube Ohren stossen. So beantwortete der zuständige Asylminister Beat Jans (60) schon früher eine Anfrage von SVP-Nationalrat Pascal Schmid (47, TG) abschlägig. Auch SP-Nationalrat Fabian Molina (34, ZH) hält nichts vom SVP-Vorstoss. Leute in ein Kriegsgebiet zurückzuschicken, widerspreche zwingendem Völkerrecht. «Kein europäisches Land schickt Personen in den Ukraine-Krieg zurück. Die Schweiz würde sich international noch mehr isolieren.»

RUEDI STUDER

NEWS

Fifa-Klage gegen Google abgewiesen

Zürich – Google muss keine Artikel über den Weltfussballverband Fifa aus seinen Suchergebnissen löschen. Der Weltfussballverband argumentierte, dass die Inhalte der betroffenen Webseiten persönlichkeitsverletzend und rufschädigend seien. Mehrere anonym verfasste Artikel auf einer Internetseite werfen der Fifa unter anderem Korruption vor. Der Fifa gelinge es nicht, nachzuweisen, dass die kritisierten Artikel nur mit dem Suchwort «fifa» auffindbar seien, begründet das Zürcher Handelsgericht die Ablehnung der Klage. Google könne für den Streitgegenstand nicht verantwortlich gemacht werden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Grösseres Angebot an Einfamilienhäusern

Zürich – Die Zahl der in der Schweiz zum Kauf ausgeschriebenen Einfamilienhäuser ist in den letzten zwölf Monaten gestiegen. Konkrete waren es im Verlauf des letzten Jahres knapp 75 000 Einfamilienhäuser. Ein Plus von 36 Prozent im Vergleich zur Vorperiode. Laut einer Studie des Immobilienportals Immoscout24 hat auch die Nachfrage weiter angezogen.

Wirtschaft wächst unterdurchschnittlich

Bern – Die Ökonomen des Bundes rechnen in diesem Jahr mit einem flauen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP), das deutlich unter dem Durchschnitt ausfällt. Eine Erholung sehen die Experten erst nächstes Jahr, allerdings etwas langsamer als bisher angenommen. Somit dürfte die Wirtschaft auch 2025 unterdurchschnittlich wachsen, so das Staatssekretariat für Wirtschaft.

Kulturbeiträge für Pro Helvetia nicht gekürzt

Bern – Das Parlament hat sich über die Förderbeiträge des Bundes für die Kultur für die Jahre 2025 bis 2028 geeinigt. Die Kulturstiftung Pro Helvetia bekommt 186,9 Millionen Franken. Der Ständerat hatte auf seinem Standpunkt beharrt, die Mittel nicht um 6,5 Millionen zu kürzen.

BÖRSEN & DEVISEN

SMI	12 058.3 (+0.6%)	↗
DOW JONES	42 025.2 (+1.3%)	↗
EURO/CHF	0.94	→
USD/CHF	0.85	→
GOLD	70 420 Fr./kg	↗
ERDÖL	74.70 \$/Fass	↗



St. Moritz hat das Energiestadt-Label abgegeben.

Öko-Label zieht die Schrauben an Strengere Vorgaben für «Energiestädte»

Wer mit dem Auto in eine Gemeinde fährt, passiert oftmals nicht nur das Ortsschild, sondern auch eine weisse Plakette mit blauem Dorfumriss. Es ist das Aushängeschild der «Energiestadt». Über 600 Schweizer Gemeinden und Städte schmücken sich damit, 5,2 Millionen Schweizerinnen und Schweizer wohnen in einem Ort mit der Auszeichnung.

Seit mehr als 30 Jahren setzt sich das Label dafür ein, dass Gemeinden auf eine nachhaltige Klimapolitik setzen. Jüngst gab es aber immer wieder Kritik am Energiestadt-Label. Vergangenes Jahr hat die Vorzeigegemeinde St. Moritz GR die Auszeichnung nach über 20 Jahren abgegeben. Es sei zu aufwendig und teuer, die Kosten stünden in keinem Verhältnis zum Nutzen, begründete der Gemeindepräsident die Entscheidung gegenüber SRF. Ausserdem habe die Gesetzgebung das Label Energiestadt mittlerweile weit überholt.

Jetzt reagiert Energiestadt auf die Kritik: Der Verein zieht die Schrauben an und legt ab jetzt den Fokus konsequent auf das Netto-Null-Ziel.

Viele Gemeinden müssen nun wohl nochmals über die Bücher. Denn im bisherigen Deal der Energiestadt können Gemeinden ihren eigenen Massnahmenplan vorlegen. Wenn sie 50 Prozent der Massnahmen erreichen, behalten sie das Label, bei 75 Prozent gibt es die Gold-Version. Ausserdem gibt es alle vier Jahre einen Zustupf vom Bundesamt für Energie: Je nachdem, wie viele Massnahmen die Gemeinden umsetzen, entweder 4000 oder 10 000 Franken.

«Bis jetzt hat sich jede Gemeinde eigene Ziele gesteckt»,

sagt Maren Kornmann, Co-Geschäftsführerin des Trägervereins Energiestadt. Neu wird genauer darauf geachtet, ob die Gemeinden mit den Massnahmen bis 2050 das Netto-Null-Ziel erreichen. Um langfristig dabei zu bleiben, müssten wohl viele eine Schippe drauflegen und die Projekte ausbauen.

Der Verein Energiestadt reagiert auch auf die Kritik von Gemeinden, dass die Zertifizierung zu kompliziert sei. Der Massnahmenkatalog für die Beurteilung sei verkürzt worden auf genau die Kriterien, die für das Netto-Null-Ziel relevant seien, so Kornmann. Ausserdem wird der Aufwand für kleine Gemeinden um ein Drittel reduziert.

Ob St. Moritz deswegen zum Label zurückkehrt, könne man noch nicht sagen, sagt Gian Marco Tomaschett vom Gemeindevorstand St. Moritz zu Blick. Momentan sei das Label aber kein Thema mehr. Mit nachhaltigen Energieprojekten würde man allerdings weiterhin vorwärtsmachen.

Trotz Neuauflage: Einige Gemeinden könnten das Kosten-Nutzen-Verhältnis weiterhin kritisch sehen. Das Bundesamt für Energie hat dieses Jahr angekündigt, dass die Beiträge an die Energiestadt-Gemeinden nur noch bei der Erstzertifizierung erfolgen und nicht wie bisher alle vier Jahre.

Im Fokus stehe der Aufbau von neuen Massnahmen, Dauerinterventionen wolle man verhindern, begründet das Amt den Entscheid gegenüber Blick. Kornmann bedauert das: «Das ist schade für Energiestadt. Die erstmalige Zertifizierung ist für Gemeinden nicht die grösste Herausforderung, sondern lange dranzubleiben.» CÉLINE ZAHNO

Entwicklungshilfe soll gekürzt werden

Nationalrat will vier weitere Milliarden für die Armee

Zwischendurch wurde die Monsterdebatte zur Armeefinanzierung im Nationalrat gehässig. Mit Händen und Füssen wehrte sich die Linke dagegen, dass höhere Militärausgaben mit drastischen Streichungen bei der Entwicklungshilfe auf Kosten der Ärmsten gehen. Dass SP-Nationalrat Fabian Molina (34) die Armee als «Trachtenverein» bezeichnete, sorgte bei Bürgerlichen für Empörung. Die Gemüter aber haben sich wieder beruhigt, schliesslich konnte sich die bürgerliche Mehrheit im Rat auf ganzer Linie durchsetzen.

Wie zuvor der Ständerat will auch der Nationalrat der Armee nochmals mehr Geld zuschanzen. Entgegen dem Antrag des Bundesrats erhöhte er am Donnerstag den Zahlungsrahmen für die kommenden vier Jahre um vier Milliarden auf 29,8 Milliarden Franken. Mehrere Kürzungsanträge blieben chancenlos.

Das zusätzliche Geld muss nun andernorts wieder eingespart werden. Zur Gegenfinanzierung sieht die bürgerliche Mehrheit unter anderem vor, den Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer zu senken.



Während vier Jahren erhält die Armee mehr Geld.

Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren hält den Entscheid für hochproblematisch. Das Geld, das die Kantone aus der direkten Bundessteuer er-

hielten, sei eine zweckgebundene Einnahmequelle. Ein Abrücken vom bestehenden Kantonsanteil bewirke ein Ungleichgewicht zulasten der Kantone.

Weiter will das Parlament bei der Entwicklungshilfe und beim Bundespersonal Ausgaben kürzen – was beim Hilfswerk-Dachverband Alliance Sud auf harsche Kritik stösst. Mit seinem Entscheid verkenne der Natio-

nalrat, dass die internationale Zusammenarbeit zu einer ganzheitlichen Sicherheitspolitik zähle. «Die Finanzierung der Armee auf Kosten der internationalen Zusammenarbeit unterminiert die humanitäre Tradition der Schweiz. Es ist auch sicherheitspolitisch kurzsichtig, die Feuerwehr auf Kosten von Brandschutzmassnahmen zu stärken», sagt Geschäftsleiter Andreas Missbach.

Vom Tisch ist die Schaffung eines Fonds, für den auch Verteidigungsministerin Viola Amherd (62) gewebelt und damit die ei-

genen Bundesratskollegen irritiert hatte. Dieser sollte mit 10 Milliarden Franken aus Tresorriedarlehen gespeist werden und bis 2035 bestehen. Bis 2045 hätten die Darlehen aus dem ordentlichen Budget der Armee zurückbezahlt werden sollen.

Ins Parlament eingebracht hatte den Vorschlag Amherds Parteikollege Martin Candinas (44). Die Forderung scheiterte, weil die Mitte-Fraktion mehrheitlich umschwenkte und im Gegensatz zur Ratslinken und der GLP gegen die Idee stimmte.

DANIEL BALLMER